

# **Zehn-Punkte-Plan für gelungene Integration in Berlin**

**von Kai Wegner und Düzen Tekkal**

Berlin ist eine internationale und weltoffene Metropole. Die Vielfalt dieser Stadt ist eine Chance. Die Menschen aus über 180 Ländern, die in Berlin leben, arbeiten und ihre Träume verfolgen, haben ein enormes Potenzial für die weitere Entwicklung unserer Stadt. Zur Wahrheit gehört aber auch, dass an manchen Stellen Parallelgesellschaften entstanden sind, in denen unsere Werte nicht unangefochten gelten. Wenn Integration scheitert, verlieren wir alle. Wir brauchen daher eine offene Debatte über Integration und darüber, was eine vielfältige Gesellschaft in aller Unterschiedlichkeit zusammenhält.

Gelungene Integration bedeutet, sich einer Gemeinschaft zugehörig zu fühlen, gemeinsam Verantwortung für die Gesellschaft wahrzunehmen und auf Basis anerkannter Werte in Verbundenheit mit dem neuen Heimatland zu leben. Wir dürfen die so verstandene Integration von Millionen Menschen nicht dem Zufall oder dem freien Spiel der Kräfte überlassen. Wir müssen das kulturelle Fundament unseres Landes schützen. Wir müssen Migration und Integration so gestalten, dass sie für alle ein Gewinn sind – für die Aufnahmegesellschaft und für die Migrantinnen und Migranten.

Sogenannte „Ehrenmorde“ fallen nicht vom Himmel, sondern sind der tragische Endpunkt einer langen Kette von Fehlentwicklungen, die von patriarchalen Wertevorstellungen, familiären Zwängen über psychische und physische Gewalt bis hin zu arrangierten Ehen und Zwangsheiraten reicht. Aus diesen Gründen dürfen wir über Parallelgesellschaften nicht schweigen, sondern müssen mutig unsere Stimme erheben. Wer insbesondere die Benachteiligung, Bevormundung und Schlechterstellung von Mädchen und Frauen mit Verweis auf kulturelle Prägungen hinnimmt, ist nicht tolerant, sondern ignorant.

Damit Integration gelingt, brauchen wir klare und verbindliche Regeln. Es muss von Anfang an klar sein, was uns in unserem Land wichtig ist und wovon wir nicht abrücken wollen. Menschen, die hier leben wollen, müssen deshalb vom ersten Tag an akzeptieren, dass Frauen gleichberechtigte Respektspersonen sind, dass hier alle Religionen friedlich miteinander leben, dass Deutschland eine besondere historische Verantwortung für Israel hat und das Existenzrecht des Staates Israel nicht verhandelbar ist, dass unsere Gesetze über religiösen Geboten stehen und dass wir Konflikte nicht mit Gewalt lösen.

Nachfolgend schlagen wir zehn Punkte vor, um unseren unverrückbaren Werten auch in Zukunft die Geltung verschaffen, die sie verdienen. So sichern wir unsere Art zu leben und meistern die Integration.

## **1. Werte vorgeben**

Wir müssen unmissverständlich klar machen, dass unsere freiheitlich-demokratischen Grundwerte die Basis für das Zusammenleben in Deutschland sind. In Deutschland gilt das Grundgesetz. Dem Entstehen und der Verfestigung von Parallelgesellschaften, die sich jenseits des Grundgesetzes verorten, müssen wir entgegenwirken.

## **2. Migrationsprobleme klar benennen – ohne sie zu übertreiben**

Die Diskussion um den Begriff des sogenannten „Ehrenmordes“ hat die Frage aufgeworfen, ob es rassistisch ist, kulturelle Hintergründe der Tat zu benennen. Wir finden: Es ist niemandem geholfen, wenn wir die Tatmotive verschweigen oder in allgemeineren Begriffen der partnerschaftlichen Gewalt auflösen. Der so genannte „Ehrenmord“ ist der tragische Endpunkt einer Entwicklung, die schon viel vorher einsetzt: Frauen werden Spielräume genommen, ihre sexuelle Selbstbestimmung wird eingeschränkt, durch Bevormundung und Einschüchterung, an der das familiäre Umfeld beteiligt sein kann. Wir brauchen eine Kultur des Hinsehens und müssen eine klare Sprache sprechen. Wenn die Sprache nicht klar ist, ist die Wahrnehmung nicht klar. Das kann dazu führen, dass das gezielte Aufarbeiten der Taten behindert wird, nicht in alle Richtungen ermittelt wird. Gleichzeitig sollte deutlich gemacht werden, dass es zu so genannten „Ehrenmorden“ zwar nur sehr selten kommt, aber jeder einzelne der sogenannten Ehrenmorde einer zu viel ist.

## **3. Konsequente Strafverfolgung – ohne Feindbilder zu schaffen**

Unter Geflüchteten gibt es Kriminelle, genauso wie unter angestammten Deutschen. Für alle Straftaten gilt, egal von wem sie begangen werden, dass das Augenmerk auf dem Einzelfall liegen muss. Pauschalisierungen helfen nicht weiter: Sie können dazu führen, dass ganze Bevölkerungsgruppen stigmatisiert werden – auch das eine Gefahr für unser Miteinander. Bei dieser Differenzierungsleistung sind wir alle gefragt.

## **4. Religionsverständnis offen diskutieren**

Auch für den Religionsunterricht brauchen wir bessere Partner. Wir dürfen die religiöse Früherziehung nicht strukturkonservativen Islamverbänden überlassen, denn sie sind oftmals Teil des Problems, nicht Teil der Lösung. Demgegenüber können etablierte migrantische Communities, Moscheegemeinden und Verbände, die mit beiden Beinen auf dem Boden unseres Grundgesetzes stehen, als Werte- und Kulturvermittler und als Integrationslotsen die Eingliederung in unsere Gesellschaft befördern.

## **5. Frauen fördern – hierzulande, aber auch weltweit**

Nur wenn man die Frauen stärkt und unabhängig macht, kann man traditionelle Familienstrukturen aufbrechen. Wenn wir für Gleichberechtigung sorgen, stärkt das die migrantischen Communities als Ganzes. Wenn wir Frauen in Konfliktregionen stärken, können sie einen wertvollen Beitrag zum Aufbau ihrer Länder und zum Friedensprozess leisten.

## **6. Sprache als Schlüssel zu Integration**

Eine wichtige Grundlage der Integration und des Zusammenlebens ist die Sprache. Hier werden wir deutlich mehr Angebote machen – auch und gerade für Frauen. Um dabei möglichst viele zu erreichen, werden wir positive Anreize zur Teilnahme an Sprachangeboten geben. Als niedrigschwellige und leicht zugängliche Angebote befürworten wir zum Beispiel Tandemangebote für Kinder und Mütter an Kitas und Grundschulen.

## **7. Fluchtursachen dort bekämpfen, wo sie entstehen**

Die bisherige Entwicklungspolitik ist sicher gut gemeint, aber nicht hinreichend effektiv. Wir müssen noch stärker auf diejenigen Akteure und Projekte setzen, die sich der Universalität der Menschenrechte verpflichtet fühlen. Deutschland muss sich an die Seite demokratischer Zivilgesellschaften weltweit stellen, die gegen Despotie und die Beschneidung von demokratischen Grundrechten aufbegehren.

## **8. Integration nicht als Einbahnstraße begreifen**

Wir wollen mit Zuwanderinnen und Zuwanderern eine Absichtserklärung zur Integration abschließen. Damit senden wir das Signal, dass wir etwas von ihnen erwarten. Im Gegenzug muss der Staat alles dafür tun, Hürden für sie abzubauen und es ihnen zu ermöglichen, dass sie hier ankommen und vollwertige Mitglieder der bundesrepublikanischen Gesellschaft werden können. Integration verstehen wir als ein Geben und Nehmen. Von beiden Seiten.

## **9. Gemeinsames Wertefundament stärken**

Das Grundgesetz garantiert jedem Einzelnen hierzulande die Möglichkeit, sich zu entfalten. Aber nicht um jeden Preis: Die je individuelle Freiheit hört dort auf, wo die des Mitmenschen beginnt. Dieses Wertefundament muss tagtäglich gelebt werden, damit es seine Wirkung entfaltet. Wenn es gelingt, das Wissen um dieses Wertefundament in allen Institutionen des Landes zu verankern, gelingt die Bildung mündiger Bürgerinnen und Bürger, die die Werte vorleben und das auch von anderen einfordern.

## **10. Dialogräume schaffen zwischen Religionsgemeinschaften und der Gesamtbevölkerung**

Das Grundgesetz bildet unser gemeinsames Wertefundament. Oft scheinen religiöse Grundsätze in Widerspruch zu den Werten des Grundgesetzes zu stehen. Dabei ist es nicht damit getan, den Religionsgemeinschaften in unserem Land eine Bringschuld aufzubürden. Für das gelingende Miteinander sind alle verantwortlich: Integration ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, bei der sich religiöse Gemeinden untereinander, aber auch die sie umgebende breitere Gesellschaft miteinander ins Verhältnis setzen müssen. Wir brauchen einen offenen Dialog auf Augenhöhe, um auf gemeinsamer Wertebasis die Eingliederung in unsere Gesellschaft zu erleichtern und dort aktiv einzuwirken, wo Integration noch besser gelingen muss.